

Table with subscription rates: For 1 year, 12 fl.; For 6 months, 7 fl.; For 3 months, 4 fl. Includes postage costs.

Uradrucker Zeitung.

Main office address: Hauptplatz, im Winter'schen Neugebäude. Lists agents in various cities like Hamburg, Berlin, Frankfurt, etc.

Zur Situation.

Urad, 3. Juni.

Die oppositionelle Presse bemächtigt sich der Erklärung Deak's, daß er auf das Kossuth'sche Sendschreiben nicht antworten wolle.

In erster Reihe steht „Hon“, dessen Artikel wir seinem Wesen nach wiedergeben. Im „Hon“ schreibt Soklay anlässlich der Erklärung Deak's:

Die Verherrlicher der jetzigen Regierung rechnen es sich zum besonderen Verdienste an, daß sie das Erscheinen des Kossuth'schen Sendschreibens in einem oppositionellen Blatte nicht verhindern.

Meine Artikel, welche gegen die Politik Kossuth's gerichtet waren, erschienen im amtlichen Blatte der damaligen revolutionären Regierung. Als mich Kossuth dann zu sich beschied, that er es nicht, um mir das Aussprechen einer gleichen Meinung zu verbieten, sondern um mich zu ermahnen, mit solchen Ansichten wenigstens das Regierungsbblatt zu verschonen und sie in meinem eigenen Blatte auszusprechen.

Damals sagte er unter Anderem: „Mich leitet nicht Rache, nicht Ehrgeiz. Wenn die Nation durch mich geleitet, einst sich die Freiheit erkämpfen kann, schieße ich vor dem Gedanken zurück, was das Land mit mir thäte? Es wäre vielleicht im Stande, mir seine Krone anzubieten. Doch davor behüte Gott mein Haupt. Ich habe treu mein Werk vollendet und mein Verurtheil ist zu Ende. Dann bedarf die Nation eines organisatorischen Geistes wie Deak es ist, eines administrativen Talentes wie Njassy; meiner — des Führers der Nation — bedarf sie nicht mehr.“

Diese wenigen Worte lassen ahnen was ich nicht gesagt und Kossuth fühlte in der That so.

Kossuth sagt nirgends, daß die Nation sich mit ihrem Führer nicht ausöhnen möge; er sagt nur, daß sie sich nicht mangelhaft verführe. Darum finde ich auch die Richtung meiner Principiengenossen in seinem Fingerzeige. Gefährlichen Boden, constitutionelle Werkzeuge verstehen wir überall und dies allein konnte auch Kossuth verstehen, sonst hätte er seinen Brief nicht an Franz Deak gerichtet.

Man fragt, weshalb sprach Kossuth nicht früher? — Warum nicht während der reichstäglichen Discussionen? — Warum erst jetzt?

Auf die erste Frage ist die Antwort klar. Bis zum März war in Ungarn die Censur.

Auf die zweite Frage ist es meine Pflicht zu antworten. Als die Presse in Ungarn frei wurde, wollte wohl Kossuth seine Stimme erheben, und fandte auch eine Erklärung an mich, um sie im „Hon“ zu veröffentlichen. Ich that es nicht. Erstens darum, weil sie in Form einer Widerlegung geschrieben war, wie einem Gerüchte gegenüber, welches in mein Blatt keinen Eingang gefunden; zweitens, weil sie eine kurze, allgemein gehaltene Vermuthung aller jener Ereignisse war, welche jetzt in Ungarn geschehen, und dies zu dem Mißverständniß Anlaß geboten hätte, als ob im Allgemeinen der Ausgleich zwischen der Nation und dem Fürsten getadelt würde, — mein Blatt aber nicht das Organ dieser Ansicht ist. — Es lag also nicht an Kossuth die Schuld, daß er nicht sprach, sondern daran, daß Kossuth seine Ansichten nicht so klar darlegte, wie in seinem an Deak gerichteten Sendschreiben, wo er ausdrücklich darlegt, was er mißbilligt.

Auf die dritte Frage: warum er eben jetzt dies geschrieben? wird die Zeit antworten.

Ich glaube, — wir sind noch nicht am Fuße des Abhanges angelangt, den wir betreten.

Wenn ich auch an die Unträglichkeiten der Combinationen Deak's nicht glaube, so schwöre ich doch auf die Ehrlichkeit seiner Intentionen, auf die Malesoffigkeit seines Patriotismus mit verbundenen Augen; und wir werden eintrifft, wenn es dunkler wird auf Erden, diese Eigenschaften Deak's noch höher schätzen.

Pompéry sagt, was wir bisher einander nur flüsternd zuriefen: daß die Reichstagsmajorität auch ohne Deak bestehen würde. Dies sei eben unsere größte Gefahr; daß die Reichstagsmajorität auch dann noch vorwärts ginge, wenn Deak schon „nec ultra“ zuriefe. Und Deak bezeichnete viele solcher „Halt“-punkte und wir werden bald an sie gelangen. Es ist möglich, daß auch die Macht hier stehen bleibt, wenn aber nicht? Die jetzigen Erscheinungen rechtfertigen mehr die Furcht als die Hoffnung.

Wird es bei einem solchen Wendepunkte sowohl für Deak als auch für die mit ihm gehenden liberalen Männer, die gleich ihm makellos hervorgehen, nicht überaus wichtig sein, wenn sie hinter sich auf Handbreite solch liberale Patrioten finden, die, wenn sie ihre Gegner „Freund“ nennen, diesen Namen verdienen; und, auf die Freundschaft ihrer Gegner stolz sind? Wird Deak einst nicht der Stütze seiner jetzigen Opposition den aus einem anderen Lager kommenden Gegnern gegenüber bedürfen? Ich verdächtige, ich klage Niemand an, Jedermann ist besser als sein Ruf, aber die Zeit und die Lage ist nur zu schlecht.

Wir haben weder Kossuth noch Deak damit beirathet, ihre Sache zu vertheidigen, noch weniger ein Anderer, Beide auszuführen; aber wenn die Gegenfuge in solch acuten Conflict geräth, müssen auch die Männer der festen Ueberzeugung Position fassen, um nicht fortgerissen zu werden.

Ich glaube der Ansicht meiner Principiengenossen Ausdruck zu geben, wenn ich diesen Standpunct folgendermaßen präcisire:

Wir glauben, daß es für die ungarische Nation eine Lebensbedingung ist, die legitimen Rechte des ungarischen Königs in Ehren zu halten und sie mit aller Kraft zu ver-

theidigen. Aber es ist auch für den ungarischen König eine Lebensbedingung, die constitutionellen legitimen Rechte und die staatliche Selbstständigkeit Ungarns unverkürzt zu bewahren und wieder herzustellen.

Weder als dies verlangen wir nicht von der Macht, w eniger nicht von Kossuth.

Der Eine oder der Andere, Beide können unsere Worte ignoriren: die Dynastie hebt ihre ungeheure Macht, Kossuth seine ungeheure Popularität über uns; — doch unsere Ansicht rechtfertigte bisher immer die Zeit und der Richterstuhl zweier europäischer Krisen, welcher es aussprach, daß ohne Anerkennung dieser gegenseitigen Verpflichtung die Macht der Dynastie und die Popularität Kossuth's solche Riesengiganten sind, die wohl leben, doch am Tage des Kampfes verzanbert schlafen.

Dieser Zauber kann nur ein Wort lösen: Die Legitimität, das Zauberwort der 1848er Verfassung.

Kossuth weist in seinem Schreiben auf die Legitimität hin.

Kossuth machte also die große Annäherung, er verließ den 1848er schweren Standpunct und bezeichnet 1848 als den gesetzlichen und constitutionellen Ausgangspunct. Das ist ein ganzer Weltweg!

Kann es Jemanden Wunder nehmen, wenn ich sage, daß mich dieses Schreiben doppelt freute? Kann mich Jemand darob verdammen, wenn ich den Wunsch ausspreche, daß wir bald auch auf der andern Seite dem Triumphzuge einer gleich großen Entschliesung unser Hofmann entgegen rufen mögen?

„Magyar Ujsa“ findet, daß die Wirkung, welche diese Erklärung auf das Publicum gemacht, sich in der Bewunderung und selbst bei den Getreuen Deak's in unangenehmer Täuschung manifestirt hat. Solch' eine Antwort sei von Deak nicht erwartet worden und allgemein habe die Ansicht vorgeherrschet, daß vollständiges Schweigen besser denn dies gewesen wäre.

Zum erstenmale — ruft es aus — hören wir bei dieser Gelegenheit, daß auf ein Form eines Sendschreibens zu, welches Manifest einer öffentlichen Persönlichkeit, und zwar einer solch' großen Persönlichkeit, deren politisches Bekenntnis alle fünf Welttheile zur Kenntniß nehmen, ein zweiter Factor der Deffentlichkeit deshalb nicht antworten müßte, weil der Brief kein vertraulicher Privatbrief gewesen. Dies wußten wir bisher nicht, ja wissen es selbst heute nicht.

Trotz der verweigerten Antwort liegt doch eine Entschuldigung darin, Franz Deak weist auf die Majorität hin und übernimmt die Verantwortlichkeit bloß für sein eigenes Votum.

Wir halten es für zeitgemäß zu erklären, daß wir jenes Maß der Beketheit für außerordentlich halten, mit welchem Deak nicht zugestehen will, daß die gegenwärtige Umgestaltung unserer Verfassung einzig und allein bei dem in seine Person gesetzten unbegrenzten Vertrauen und unter dem Deckmantel seines Namens erfolgen konnte.

Wir wiesen schon öfter darauf hin, daß selbst Gott von ihm die Verantwortung für die Folgen des Entwurfes für gemeinsame Angelegenheiten nicht abwägen könne.

Gleich „Hon“ läßt sich auch „Pesti Hirlap“ in eine Analyse der Gründe ein, welche Kossuth dazu bewegen, sein Schweigen erst jetzt zu brechen. Die Gleichheit der Argumente entbehrt uns ihrer Wiedergabe.

In seinem heutigen 5. Artikel über das offene Sendschreiben Kossuth's nimmt Baron Kemény die Aeußerung Kossuth's über den Kampf des Ministerial-Systems mit dem Municipal-Systeme zum Substrat. Wir möchten wissen, — sagt er unter Anderem, — wie Kossuth, der solch' entscheidenden Einfluß auf das Zustandekommen des verantwortlichen Ministeriums genommen, die landespolitische und constitutionshütende Stellung der Comitats mit der landespolitischen, doch zugleich auch constitutionshütenden Stellung des verantwortlichen Ministeriums zu vereinbaren vermöchte? Und möglich, daß Kossuth selbst hierfür keine Lösung fände. . . Oder irren wir mit der Behauptung, daß es kaum eine Epoche gibt, in welcher so viele mit Plenipotenz ausgerüstete Regierung-Commissäre in die Comitats gesandt wurden als zur Zeit Kossuth's, und daß es kaum eine Zeit gegeben, wo das Comitats so anspruchslos, so bekümmert, und so schweigsam gewesen wäre, wie eben 1848.

Dies beweist geradezu, daß Kossuth, treu seinem legislatorischen Vorgange, darnach strebt, daß die Comitats innerhalb der, durch den XVI. Gesetzartikel erhobenen Schranken wirken mögen. Nun hat er aber seine Ansichten geändert, und kehrt sich gegen uns, die wir dieses lobenswerthe Werk und die liberale Richtung vertheidigen, an deren Spitze er gestanden. Welchem Umfande sollen wir dies zuschreiben?

Endlich steht „Hirnök“ in der croatischen Frage den Wendepunct eingetreten, dem er schon seit Monaten entgegengekehrt.

Wir sehen, sagt er, durch diese a. h. Verfügungen, welche wir mit größtem Danke entgegennehmen, eine ganz neue Politik inaugurirt, — eben deshalb betrachten wir die bisherigen Schritte nur als Einleitung, denn, um das gesetzliche Ziel mit Erfolg zu erreichen, werden noch viele Hindernisse, welche die Nach-Schmerling'sche Politik gegen die Integrität der ungarischen Krone gewährt, beseitigt werden müssen. Wir können überhaupt nicht glauben, daß die Regelung der croatischen Angelegenheit auf der zu diesem Behufe jüngst aufgestellten Basis verbleiben könnte.

Die Fanatiker streben nach Abfall, und wie wir sahen, war ihnen alles zu wenig, was wir ihnen in Anbetracht des beschleunigten Ausgleiches geboten, — während die Freunde

der Union kein weiteres Band für nöthig halten als das vor 1848, denn auch innerhalb dieses Zusammenhanges ist die ausgebreitetste Comitats- und Provincial-Autonomie möglich.

Die Stoffsatzgebung muß auf sämtlichen Territorien der ungarischen Krone gleichmäßig sein. . . . Als nächsten Sitz des croatischen Landtages empfiehlt „Hirnök“ Warasdin. Und drückt schließlich die Hoffnung aus, daß aus Croatien nicht nur die Magnatenstände sondern auch die Kirchenfürsten zur Ordnung berufen werden.

Aus dem Reichstage.

Pest, 1. Juni.

In der heute Nachmittags 4 Uhr unter Vorsitz des Vicepräsidenten Paul Somssich stattgehabten Sitzung des Abgeordnetenhauses überreicht nach Authentication des Protocolls Samuel Bóni's eine Petition der Pester Buchdrucker-Veszer um Abänderung des §. 5 des Pressegesetzes.

Nicolaus Róser überreicht sein Wahlprotocoll. Hierauf erfolgt nach Verlesung des Berichtes der Agricolar-Deputation bezüglich der Quanticulirung der Thronfolge die Debatte darüber. Valtasar Halaß spricht gegen die Vorlage und sagt, man solle sich mit der Krönung nicht gar so beeilen; man habe keine diplomatische Kenntniß darüber, daß König Ferdinand wirklich abdicirt habe. (Große Heiterkeit.) In ähnlicher Weise spricht M. z. Székely, worauf Coloman Tisza den Antrag stellt, daß gleichzeitig mit dem Inauguraldiplom ein Gesetzentwurf eingebracht werde, in welchem bezüglich der Thronfolge die Rechte der Nation genau und präcis sichergestellt werden. (Zustimmung von der Rechten.) Sigmund Veránth unterstützt Tisza's Antrag und Josef Madarás überreicht nach längerer, gegen die Erklärung des Ministeriums gerichteten Rede einen Beschlagentwurf, worin verlangt wird, daß die Abdicationsurkunden des Königs Ferdinand und des Erzherzogs Franz Carl in regulirter Form dem Reichstage vorgelegt werden. Redner sagt: das Haus würde ihn durch Annahme der Tisza'schen Motion zwingen, die Krönung als eine ungesetzliche zu betrachten. (Große Unruhe und Heiterkeit im ganzen Hause.) Ladislaus Bófürményi unterstützt den Beschlagentwurf Madarás, worauf Franz Pulsky die Motiven zur Abstimmung stellt, welche die Frage umfaßt, ob das Haus in der Erklärung des Ministeriums eine Verhütung finde und ob die Agricolar-Deputation mit der Ausarbeitung eines die Thronfolge betreffenden Gesetzentwurfes zu betrauen sei oder nicht?

Der Ministerpräsident Graf Andrássy weist die Verdächtigungen der äußersten Linken unter lebhaftem Beifall des Hauses zurück und erklärt den Standpunct der Regierung in der Thronfolgefrage. Schließlich läßt der Präsident über die drei Amendements abstimmen. Pulsky's Motion wird mit großer Majorität angenommen, ebenso Samuel Bóni's Ergänzungsantrag, daß der Gesetzentwurf bezüglich der Thronfolge gleichzeitig mit dem Inauguraldiplom eingebracht werde. Schriftführer Paul Rajner überbringt aus dem Oberhause das in heutiger Sitzung angenommene Gesetz über die gemeinsamen Angelegenheiten. Der Präsident vertagt um 6 Uhr die Sitzung auf eine halbe Stunde, um das Protocoll anfertigen zu lassen, welches in der wieder aufgenommenen Sitzung authentisirt wird.

In der gestrigen Sitzung des Oberhauses wurde vor Allem das Resultat der Tags vorher stattgefundenen Wahl eines vierten Schriftführers kundgemacht. Von den 70 abgegebenen Stimmen waren 66 auf den neuernannten Barock Obergespan Paul v. Rajner gefallen. Der Gewählte sprach in kurzen Worten seinen Dank aus und nahm hierauf seinen Sitz unter den Notären des Hauses ein.

Das Haus schritt nun zur Verhandlung des in der vorgestrigen Sitzung bereits verlesenen, durch das Unterhaus überfandten Gesetzentwurfes über die gemeinsamen Angelegenheiten.

Die Rolle des Antragstellers hatte diesmal Graf Felix Zichy-Ferraris. Seiner Ansicht nach trage der vom Abgeordnetenhaus angenommene Gesetzentwurf den Verhältnissen gebührende Rechnung, vermeide Illusionen und leiste der Unabhängigkeit des Landes, soweit die Umstände es gestatten, Genüge. Die Abweichungen von dem Commissionsexcerpt, auf Grund dessen er abgefaßt worden, seien nicht wesentlicher Natur und bedingt durch die Verschiedenheit der Form, welche zwischen einem Gesetzentwurf und einem Commissionsexcerpt obzuwalten hat. Uebrigens werde er, wenn der Gesetzentwurf in der allgemeinen Debatte angenommen werden würde, bei der Specialdebatte die Abweichungen speciell bezeichnen, um nachzuweisen zu können, daß dieselben wirklich nur unwesentliche sind. Er beantragt daher, es möge das h. Haus den Gesetzentwurf annehmen.

Da nach Stellung des Antrages sich Niemand das Wort erbat, stellte Se. Excellenz der Herr Präsident die Frage: ob das h. Haus den Antrag des Herrn Grafen Zichy-Ferraris annehme? worauf die ganze Versammlung sich für die Annahme des Antrages, resp. des Gesetzentwurfes erhob, welche denn auch sofort durch den Herrn Präsidenten enuncirt wurde.

Bei der nun vorgenommenen punctweisen Verlesung bezeichnete der Herr Graf Zichy-Ferraris seinem Verprechen gemäß die überwundenen Abweichungen, gegen welche keinerlei Einwendungen erhoben wurden, sowie auch die Bemerkungen Baron Njassy's über einige im Gesetze vorkommende Fremdwörter, wie absolut, Quote, welche durch ungarische zu ersetzen wären, unbedeutend blieben.

Da §. 37 der Haus-Statuten bei Gesetzentwürfen namentliche Abstimmung vorschreibt, ließ das Präsidium die-

Vertical text on the left margin containing various advertisements and notices, including 'Gemeinde-Repri.', 'General-Versamm.', 'Gemeinde-Mitglieder ge.', 'Präsident', 'Graben, 18', 'Unternehmer', 'Pollak', 'Schwarz', 'Pest 1865', 'Industrie von JOSEF I.', 'Deutscher', 'Waldzeile Nr. 63', 'Saifer', 'Deutsch', 'Waldzeile Nr. 63', 'Waldzeile Nr. 63'.

selbe vornehmen und ergab sich, daß von den 73 anwesenden Mitgliedern des hohen Hauses alle für unveränderte Annahme der Gesetzesvorlage mit ja stimmten.

Der Umstand, daß nur 73 Mitglieder h. Hauses bei einer so wichtigen Angelegenheit anwesend waren, gab dem Herrn Präsidenten Anlaß, jene Gefügtheit in Ermahnung zu bringen, nach welcher die Mitglieder des h. Hauses ihre Entfernung aus der Stadt dem Präsidium voraus zu melden haben. Obwohl er wisse, daß viele Mitglieder durch die Vorbereitungen zu den Anordnungsfeierlichkeiten zurückgehalten werden, müsse er doch den Wunsch aussprechen, daß die Ausübung so edler Rechte nicht vernachlässigt werde, welchen Wunsch der Herr Sr. Georg Károlyi als Beschluß des Hauses ausgedrückt wissen wollte; was auch geschah.

Oesterreichischer und preussischer Constitutionalismus.

(Original-Bericht der „Araber Zeitung.“)

Berlin, 31. Mai.

Das totale Scheitern des Schmerling'schen Versuches, Oesterreich mit Hilfe des Scheinconstitutionalismus zu einem Einheitsstaate umzuschaffen und, als dies mißglückte, die östliche Hälfte des Reiches durch „Contumacirung“ für das Aufgeben ihrer verfassungsmäßigen Rechte zu gewinnen, ist keine Lehre für unsere Nationalen geworden, die sich noch immer einbilden, Süddeutschland werde, um die Segnungen der Norddeutschen Bundesverfassung genießen zu können, seine immerhin noch freisinnigeren Verfassungen opfern.

Der Einigung Deutschlands fehlt allerdings das Haupthinderniß, das sich in Oesterreich der Reichsverfassung entgegenstellt; für die Unterscheidung der Volksgruppen nach so zufälligen Eigenschaften, wie Abstammung, Sprache und Tracht, statt nach Recht oder Unrecht, nach Freiheit oder Unfreiheit, für den Nationalitätsbegriff, mit dessen Hilfe der Despotismus ein Volk durch das andere niederhält, bietet Deutschland keinen Spielraum. Die vor einigen Jahren unseren officiellen Kreisen, wahrscheinlich der Umgebung des Grafen Bismarck entlassene Broschüre „Ein preussisches Wort“, welche durch Befürwortung der im vorigen Jahre inscenirten Politik der Mainlinie die Entrüstung vornehmlich der Mitglieder des Nationalvereines hervorrief, entdeckte zwar, daß Deutschland weder eine gemeinsame Geschichte, noch eine gemeinsame Volkssprache, noch gemeinsame religiöse oder politische Interessen habe. Doch auf diese wunderbare Entdeckung antworteten alle nichtbiemarischen Kreise, also auch die jetzigen Nationalen, ähnlich wie ein Mitglied der Paulistücke auf die Schmerling'sche Entdeckung, daß Oesterreich und Preußen eine Geschichte hätten, nämlich diejenige ihrer Kriegthaten, Deutschland aber gar keine. „Aber es gibt eine Geschichte des deutschen Volkes“, erwiderte man von der Linken, „deutscher Kunst und Wissenschaft, und diese wiegt eben so viel, als einige gewonnene oder verlorene Schlachten, welche oft nichts als eine momentane Aenderung des Territoriums oder den Wechsel der Herrschernamen zur Folge haben.“ Das deutsche Volk ist ein einziges, aber für seine politische Einigung ist die militärische Aegewalt, die mit einigen constitutionellen Formen garnirt ist, kein geringeres Hinderniß; als es die Februar-Verfassung, der constitutionelle Rahmen mit bürocratisch-ultramontanem Inhalte, für die oesterreichischen Volksstämme war. Nur niedrige Seelen können die eigenen Rechte preisgeben in dem Bewußtsein, damit die Rechte Anderer zu opfern. Die Mehrheit des Norddeutschen Parlaments entspricht nicht der Mehrheit des deutschen Volkes. Wenn durch die Wiederholung des gescheiterten Schmerling'schen Experiments in Deutschland nicht, wie Oesterreich, der dauernde Dualismus angebahnt wird; so wird die Ursache nicht in den Leitern unserer Politik und deren national-servilen Bewunderern, sondern in dem Widerstande liegen, den die Demokratie dieser Politik bereitet.

Wie es, nach dem Verhalten der deutsch-oesterreichischen Blätter gegenüber der Preussischen Thronrede, den Anschein hat, haben unsere Brüder in Oesterreich aus unserer Verfassungsgeschichte wenig mehr gelernt, als wir aus der ihrigen. Der Wiener Reichsrath befindet sich ungefähr in der Lage des preussischen Abgeordnetenhauses zur Zeit der neuen Aera. Die Regierung nimmt eine constitutionelle Physiognomie an und singt mit liberalen Schlagwörtern das aus der kostlosesten Reactionsepoche geborene Mißtrauen in Schlaf. Sie bringt einige freisinnige Geschenktwürfe ein, läßt aber die festen Burgen der Reaction unangestastet, baut sogar neue Zwingen's auf. Wie in Preußen der Liberalismus eitel Schein bleiben mußte, so lange das Herrenhaus nicht beseitigt, oder von Grund aus umgestaltet war; so wird in Oesterreich der Constitutionalismus ein Schaugericht bleiben, so lange das Concordat besteht. Zur Bewahrung des Constitutionalismus gehören constitutionelle Tugenden, die nur ein gebildetes, selbstbewusstes, selbstdenkendes, nicht aber ein unter ultramontaner Verdampfung und Verdummung vegetirendes Volk besitzen kann. Was in Preußen die „vorläufige Kriegsbereitschaft“ war, das ist in Oesterreich das in der westlichen Reichshälfte octroyirte — den Ungarn wagt man keine gleiche Behandlung zu bieten — Heeresergänzungsgesetz und die unter dem Widerspruche der Bürgerschaft begonnene Befestigung von Wien. Läßt der Reichsrath diese beiden „vollendeten Thatfachen“ auch nur vier Wochen lang gelten, macht er nicht den Eintritt in irgend welche Verhandlung von der Beseitigung der Concordate, der constitutionellen Regelung des Landesverteidigungswesens und der Beendigung der auch vom militärischen Standpunkte aus unverantwortlich-n Ummauerung Wiens abhängig; so vertritt er den einzig günstigen Augenblick seiner Macht, den ihm vielleicht keine Ewigkeit zurückbringt. Jetzt, so lange die Dinge in Ungarn noch im Flusse sind, so lange die Ordnung des Finanzwesens noch nicht vollzogen ist, jetzt braucht die Regierung die Beihilfe des Reichsraths und muß dieselbe nöthigenfalls mit Opfern an ihren absolutistischen Wünschen erkaufen. Geht der Reichsrath aber, wie unser gothaisches Abgeordnetenhauses von 1859, auf Verhandlungen mit dem Ministerium ein, ehe die Burgen des Absolutismus geschleift sind, so wirft hinter dem Schirme der parlamentarischen Verhandlungen die Reaction stärkere Schanzen auf, und die kurze constitutionelle Episode hat keinen anderen Erfolg, als unsere neue Aera: neue Steuern und neue Militärlasten.

Die Hoffnung, daß das Preussische Ministerverantwortlichkeits-Gesetz eine Garantie des constitutionellen Regiments abgeben werde, ist eine eitle. Die Verantwortlichkeit der Regierung allein sichert die Freiheit so wenig, wie das Budgetrecht, oder ein anderes parlamentarisches Recht allein. Wer die Kraft hat, einen Staatsreich zu machen, braucht keinen zu machen; er unterhöhlt nach und nach die einzelnen Verfassungsartikel, bis sie ohne sein Zutun zusammenbrechen; er regiert, um mit Herrn v. d. Heydt zu reden, nicht gegen die Verfassung, aber auch nicht mit derselben. Der Constitutionalismus ist nur dann gesichert, wenn hinter dem Parlamente die Freiheit der einzelnen Staatsbürger, die Selbstständigkeit der Gemeinden, der Landestheile steht. Ohne diese, auch die kleinste Landgemeinde umfassende Basis, die in Oesterreich wie in Preußen fehlt, wird der Parlamentarismus ohnmächtig bleiben. Die Autonomie der Gemeinden ist allerdings in Oesterreich vielfach größer, als bei uns, im Lande der vielgerühmten Stein'schen Städteverfassung. Aber hinter den, aus ganz engen Wählerkreisen hervorgegangenen oesterreichischen Gemeindebehörden steht nicht die Bevölkerung, darum wohnt diesen Behörden nicht die moralische Kraft inne, durch welche sie zu Schirmvätern der Freiheit werden könnten.

(Audiatur altera pars!) Von diesem Gesichtspunkte geleitet, haben wir dem vorstehenden Artikel, der aus befreundeter Hand herrührt, den Eingang in unser Blatt nicht verlagern können, zumal wir überzeugt sind, daß der Artikel nichts Verhängliches in sich bergen will und der lautersten Quelle entfließt. Allerdings können wir in allen Sachen mit dem Verfasser nicht übereinstimmen, dies gilt namentlich von der Weise, in der er oesterreichische Fragen aufzufassen in der Lage ist. In wie weit der Verfasser jedoch recht und ob wir die Zukunftsdinge in rosigem Lichte anschauen, wird wohl die nächste Zukunft lehren, wo wir dann auch nicht ermangeln werden, unserer Ueberzeugung freien Durchbruch zu gewähren. Hoc sapienti! Was die Befestigungsfrage Wiens anlangt, so werden wir auch diese nächstens nach den bereits von Fachmännern eingenommenen Standpunkten beleuchten und zugleich prüfen, von welcher Seite Ungarn und Oesterreich überhaupt die Waffengefahr drohen könne und worauf sich das Reich jedenfalls vorbereiten müsse — (Anm. d. Red.)

Wien, 2. Juni.

(Original-Correspondenz.)

Mit Bezug auf frühere Briefe erlaube ich mir Ihnen zur Orientirung die Mittheilung zu machen, daß vor Kurzem Rußland in Wien vertrauliche Eröffnungen bezüglich der zu beschleunigenden Lösung der orientalischen Frage gemacht hat. Nun glaube ich, bestimmte Andeutungen Rußlands speciell über den Antheil signalisiren zu dürfen, welcher Oesterreich bei einer solchen Lösung zugedacht werden möchte. Bosnien und die Herzegovina würden ihm als Bruchtheil zugewiesen werden, vorausgesetzt allerdings, daß das Königreich Griechenland durch einen entsprechenden Gebietszuwachs vergrößert, und ein Königreich Bulgarien unter einem russischen Großfürsten aufgerichtet, und daß Rußland im schwarzen Meere in integrum restituit werde. Dieser Nachricht füge ich hinzu, daß Sie die Existenz dieser Vorschläge als zuverlässig betrachten dürfen, obgleich dieselben weder schriftlich formulirt, noch amtlich übergeben sind.

In den Journalen circulirte vor Kurzem die Mittheilung, daß die Conferenzmächte die candidatische Frage mittels eines Suffrage universel zu lösen beabsichtigen. Wie man vernimmt, ist ein solches Mittel, um dem Aufstande auf Candia ein Ende zu bereiten, vorläufig nicht in Aussicht genommen, da ein Suffrage universel auf einer Insel, welche sich in offenem Aufruhr befindet, und demgemäß mit den verschiedenartigsten Elementen versetzt ist, auf welcher überdies die beiden Confessionen sich in feindseligster Weise gegenüber stehen, kaum ein Resultat erwarten lassen dürfte. Man trägt sich deßhalb in diplomatischen Kreisen mit der Idee, auswärtige Commissarien nach Creta zu entsenden, und durch diese hervorragende Persönlichkeiten des Landes, sowie bedeutendere Körperschaften desselben über ihre Wünsche bezüglich der künftigen Gestaltung der Verhältnisse auf Creta zu befragen, um auf Grundlage einer Enquete, der Folge sodann definitive Vorschläge unterbreiten zu können.

Das Schicksal Kaiser Maximilian's dürfte Ihnen wohl bereits bekannt sein. Die Frage hinsichtlich der Beschaffung des Lösegeldes von 60 Millionen Dollars = circa 132 Millionen Francs dürfte ihrer befriedigenden Lösung schwierig zugesührt werden können, und mit Bezug auf diesen Umstand könnten die hiesigen Befürchtungen von einem noch tragischeren Ende als dem der Gefangennahme nicht allzu unbegründet sein.

Vom Hofe.

Wien, 2. Juni.

Dem „Neuen Kloyd“ entnehmen wir die folgenden Hofnachrichten:

Se. Majestät der Kaiser sind gestern Früh gegen 4 Uhr in Begleitung allerhöchster Obersthofmeister und einer sehr großen Suite mittelst Separatzug in Ofen angelangt. Am Pesther Bahnhofe wurden Se. Majestät von Sr. Excellenz dem Herrn Minister des Innern empfangen, welchen Se. Majestät mit einem Händedruck zu begrüßen gerührten. Außer Sr. Excellenz befanden sich auch die beiden Oberstathauptleute der Schwefelstädte, die Herren Thajsi und Kovács am Perron des Bahnhofes.

In der königl. Burg haben Ihre Majestät die Kaiserin allerhöchstherrlichen leuchteten Gemal im Genuße des wunderbaren Morgens auf dem Balkon erwartet und denselben erst verlassen, als Se. Majestät in die königl. Hofburg einzutreten.

Das kaiserliche Kinderpaar ist gestern Nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr hier eingetroffen. Sr. Majestät haben sich in Begleitung des FML. Grafen Grenneville auf den Bahnhof begeben, die Kinder zu erwarten und jubelten mit denselben, rechts den Kronprinzen, links die Kronprinzessin, in die Burg.

Gestern Abends besuchten die Majestäten das Stadtwaldchen zu Pferde und wurden dort von der verarmelten, nach tausenden zählenden Menge mit Jubel begrüßt.

Se. Hoheit der Herr Obersthofmeister haben bald nach der Ankunft die Garnisons- und die Pfarrkirche in Augenschein genommen, um sich persönliche Gewißheit zu verschaffen, wie weit die Arbeiten dort vorgeschritten sind.

Heute langen mittelst Dampfboot und Schleppe die Equipagen und Paradeperde hier an und werden selbe in Ofen am Bombenplage landen. Dem Vernehmen nach wird auch der Ordnungswagen und der vielbesprochene Ordnungsschimmel mit diesem Convoi kommen. Heute Abends wird der allerhöchste Hof eine Spazierfahrt ins Stadtwaldchen machen; das Aviso ist bereits gegeben.

Neuestes.

Wien, 12. Juni. Von Washington ging — wie die heutige „Wiener Zeitung“ meldet — folgende telegraphische Depesche vom 31. Mai ein:

Queretaro wurde am 15. in den frühen Morgenstunden durch Ueberumpfung genommen. Der Kaiser zog sich in die obere Stadt zurück, allein ein heftiger Artillerieangriff zwang ihn auf Discretion zu ergeben, mit Mejia und Castillo y Cos. Die Depesche Escobedo's ist vom 16. datirt. Bis dahin war kein Gewaltact erfolgt. Ein anderes gutes Zeichen in Bezug auf die Absichten von Juarez ist die Freilassung von 600 in Puebla gefangenen Ausländern. Uebrigens verwendet sich die Regierung der Vereinigten Staaten nachdrücklich für die Freilassung des Kaisers und dafür, daß für den persönlichen Schutz Sr. Majestät bis zur Einschiffung gesorgt werde.

Von ihrem New Yorker Correspondenten gehen der „N. Fr. Pr.“ traurige Nachrichten über die Situation in Mexico zu. Derselbe schreibt unterm 18. Mai, der „Courier“, welchen Campbell, der bei der Republik Mexico beglaubigte Gesandte der Union, nach San Louis Potosi gesendet, um im Namen der Washingtoner Regierung bei dem Präsidenten Juarez eine schonungsvolle Behandlung des Kaisers Maximilian zu erwirken, falls dieser in die Kriegsgefangenschaft der Republikaner gerathen sollte, sei wieder nach New Orleans, dem gegenwärtigen Aufenthaltsorte Campbell's, zurückgekehrt. Er hat die Reise nach Potosi hin und zurück in 15 Tagen zurückgelegt, wurde von Juarez mit den einem Abgesandten der Union gebührenden Rücksichten aufgenommen, scheint aber in Bezug auf den eigentlichen Zweck seiner Reise keinen so günstigen Erfolg gehabt zu haben, daß man beruhigt sich der zuverlässigen Hoffnung hingeben könnte, der letzte schwere Leidenstreich werde an dem unglücklichen Fürsten vorübergehen. Juarez soll vielmehr gegen die Intervention der Vereinigten Staaten Einwendungen erhoben haben, welche, wenn die betreffenden Angaben wahr sind, die schlimmsten Ahnungen wachrufen müssen.

Paris, 1. Juni. Der Kaiser von Rußland und seine beiden Söhne sind um 4 Uhr 25 Minuten Nachmittags hier eingetroffen und wurden am Bahnhofe vom Kaiser empfangen. Die Majestäten und die Großfürsten fuhren sodann nach den Tuilleries, woselbst der Czar die Kaiserin begrüßte; sodann begab sich der Kaiser von Rußland nach dem Palais Glysee.

Das „Journal Movement“ sagt, daß eine Revision des Vertrages von 1856 immer wahrscheinlicher werde.

Der „Etenbard“ sagt: Man hat die officielle Bestätigung der so traurigen, aber unglücklicherweise vorausgesehenen Nachrichten über die Angelegenheiten in Mexico erhalten. Queretaro hat sich am 15. Mai ergeben. Kaiser Maximilian mit den Generalen Mejia und Castillo sind gefangen, und man ist ohne weitere Nachrichten über ihr Schicksal.

Paris, 1. Juni. Der französische Consul in Vera-Cruz wurde vor drei Tagen von der Einnahme von Queretaro, von der Gefangennahme des Kaisers Maximilian benachrichtigt. Man erwartet mit Ungeduld ein neues Telegramm über die weiteren Ereignisse, und hofft, daß der Kaiser als Kriegsgefangener behandelt nach Tampico gebracht werde; aber man muß es wohl sagen, daß diese Hoffnung auf keiner positiven Nachricht beruhe.

Petersburg, 1. Juni. Die officiöse „Nordische Post“ publicirt folgenden aus Wirballe vom 29. Mai datirten kaiserlichen Ulaß: Alle auf die letzten Aufstände bezüglichen noch nicht beendigten politischen Prozesse sind niederzuschlagen, die darin verwickelten Individuen mit Ausnahme der gewöhnlichen Criminal-Verbrechen Weinigtigten, werden amnestirt, und neue Prozesse bezüglich des letzten Aufstandes sind nicht einzuleiten. Den im Innern Rußlands interirten Polen ist die Rückkehr in die Heimat gestattet, wenn die Ortsbehörde ihre gute Aufführung bezeugt. Die politischen Geistlichen erhalten die Erlaubniß zur Rückkehr durch den Statthalter in Polen.

Die auf administrative Anordnung aus der Heimat nach den westlichen Gouvernements Entfertnen erhalten bei Bewegung ihrer guten Aufführung die Erlaubniß, wieder in das Königreich Polen zu übersiedeln. Geistliche unterliegen dem Bescheide des Statthalters.

Aufzug.

Die Krönung kann als eine so wichtige und erhabene Handlung für unser ganzes Vaterland gelten, daß den Tag derselben, als größtes nationales Fest im ganzen Lande zu feiern, nur ein würdiges Vorgehen ist.

Auch das Publicum der Stadt Arab wird diesen Tag feiern, und während in den Vormittagsstunden desselben in allen Kirchen und Bethäusern, von Seite der Katholiken aber bei fünfziger Witterung bei der heil. Dreifaltigkeitssäule Dank-Gottesdienste abgehalten werden, wird in Folge der Initiative des Herrn Bürgermeisters Nachmittags auf dem freien Platz hinter dem Stadtwaldchen ein Volksfest arrangirt, wobei der uralten Sitte gemäß daselbst ein Dab gegeben und dessen Fleisch und Wein unter dem Volk vertheilt wird.

Mit der Arrangirung dieses Festes wurde das gefertigte Comité betraut; indem es dessen Abhaltung hiemit veröffent-

licht, auf voll auf, träge so die Kräfte werden
Su halter in der und in Da Samstags R. önung ten wert
Ar
im Sta sige des Private Repräse Gegen die des e r e r sammun deract die fäd könnte, und We Stande zuerleg einer w den Hä ruf an zu freit schen U
D Herrn Herren Betteh Blau h Geobán Daniel Goldsch Hoffbau Institur Kraus Lidy K Lukács
Andrón Kornob Betteh Primne Primne Lavasth Makay Tebesch Blau s Ring C Geme Agel Waffel Whittell Papp
Lukács Institur Robies Hoffa Lidy Geobá
träge danker
1. St dauer und C Abhilt Quell Herr die st waffn
den Wan mesoc bis 3
Mit 1 Einat Rück Verbl
Mit 1 Coa Eingel Tages Verbl
Mit 1 Excom Aus t Verbl
Mit 1 Cinnat Ausga Verbl

